

Wasser gezogen, erst wieder wirtschaftlich atmen lernen. Weltweit dies nicht, helfen uns nicht die bisherigen Gegner, die uns droffeln dazu, so kam die Aufhebung der Blockade zu spät. Sie haben es nur noch mit einer Woche zu tun. Und das wäre ihr eigener Schaden.

Großer französischer Demonstrationstreif.

Paris, 6. Juli. Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, fordert alle gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs zu einem Demonstrationstreif am 21. Juli auf. Dierdurch soll Protest erhoben werden gegen die Intervention der Alliierten in Rußland und Ungarn, sowie gegen die Feuerung der Lebensmittel. Ferner soll zugleich für die baldige Demobilisierung, die Amnestie und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten eingetreten werden.

Nur ein Waffenstillstand.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Eine große Versammlung der freien Eisenbahner beschloß heute nachmittag den Streik abzubrechen, und nahm dazu auf Grund der von den Vertretern der verschiedenen Vorparlamenten gefassten Beschlüsse eine Resolution an, worin es heißt:

Der Abbruch des Streiks wird empfohlen. Die Forderungen werden aufrechterhalten, besonders das Verlangen nach dem Räteystem als innere Vertriebsorganisation. Die gesamte Kollegenchaft wird aufgefordert, sich für eine Einheitsaktion bereitzuhalten. Vor der Öffentlichkeit erklärt die Versammlung: Jeterlich sprechen die Streikenden ihren Entschluß aus, daß der Streikabbruch nur ein Waffenstillstand sein wird, falls das Ministerium nicht innerhalb einer bestimmten Frist die Hand bietet. Der neue Streik wird bei den gesamten Staatsbahnen betrieblich erfolgen. Die Streikenden erklären ferner, daß jeder Versuch und jede Maßnahme der Verwaltung, die am Streik beteiligten Arbeiter, Hilfsbeamten und Beamten zu maßregeln, d. h. von ihren Dienststellen ohne Einwilligung zu verweisen, zu entlassen oder sonst irgendwie zu schädigen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückgewiesen werden wird. Wir warnen auch die öffentlichen Gewalten, aus Anlaß von Streikhandlungen irgendwelche Strafmaßnahmen einzuleiten. Der Verkehr wird sofort wieder aufgenommen.

182 Milliarden soll Deutschland zahlen!

Die Times melden aus Paris: Die Kommission zur Festsetzung der Schadenersatzansprüche an Deutschland hat am 2. Juli den vorläufigen Bericht an die alliierte Konferenz erstattet, der mit 182 Milliarden Schilling Forderungen abschließt.

Die Durchführung der letzten Polentransporte noch nicht möglich.

Warschau, 6. Juli. Die deutsche Regierung am 30. Juni, die um den 28. Juni abgebrochenen Polentransporte möglichst bis zum 5. Juli wieder aufzunehmen. Es handelt sich um den Transport des Restes der Armee Haller, der nur noch wenige Tage in Anspruch nehmen dürfte. Die deutsche Regierung hat aber auf das Ersuchen Warschaws noch erwidern müssen, daß sie zurzeit nicht in der Lage sei, die Durchführung der Polentransporte zu garantieren, da die Gefahr bestehe, daß die Hügel unterwegs liegen bleiben und hierdurch zu ernstlichen Verzögerungen entstehen könnten. Sobald die Möglichkeit der Durchführung der Transporte gegeben sei, werde Warschau doch umgehend davon in Kenntnis gesetzt werden.

Schwere polnische Ausschreitungen in Kattowitz.

Wenken, 6. Juli. Wie die „Deutsche Morgenpost“ aus Kattowitz meldet, kam es dort am Sonntag nachmittag 2 Uhr zu schweren Ausschreitungen bei einer Massenversammlung, die gegen die Besetzung Oberschlesiens durch die Armee Haller einmarschieren und dem Bausche Ausdruck gegeben werden sollte, daß Oberschlesien durch amerikanische Truppen besetzt werde. Gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Polizeibeamten und Soldaten des Grenzschutzes gingen die aus der weiteren Umgebung, zum Teil auf Lieferwagen, nach Kattowitz gekommenen Polen gewalttätig vor. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis militärische Verstärkungen eintrafen. Es sind einige Tote und eine Anzahl Verletzte zu verzeichnen.

Ein Engländer gegen den Kaiserprozeß.

Im radikalen Londoner „Daily News“ veröffentlicht Gardiner einen energischen Artikel gegen den Plan, dem früheren Deutschen Kaiser in England den Prozeß zu machen. Er schreibt, ein so großes und in der Weltgeschichte ohne Beispiel dafühendes Ereignis müßte mit einer möglichst ruhigen und gerechten Atmosphäre umgeben werden. Man dürfe sich nicht verleiten lassen, eine

Schlußstellung

daraus zu machen. Es könne niemand behaupten, daß die Stimmung in England gegenüber dem früheren Kaiser leidenschaftlich sei. Kein Gericht könne sich aber von dem Einfluß der allgemeinen Volksstimmung freisetzen. Der Einzug eines außerparlamentarischen stehenden Gerichtshofes in einem neutralen Lande stünde zweifellos Schwierigkeiten im Wege. Wenn diese Schwierigkeiten nicht überwunden werden könnten, so wäre es besser, die Hauptstadt eines der kleinen kriegführenden Länder, z. B. Lissabon zur Abhaltung des Prozesses zu wählen. Der Prozeß, der sich damals abwickeln wird, ist ein Jahr hinausgeschoben worden auf die öffentliche Meinung Englands eine schädliche Wirkung haben. Das Notwendigste für das englische Volk sei die Rückkehr zu verlässlicher Arbeit und normaler Denkungsart. Durch den Prozeß würden nur die

Wunden des Krieges von neuem aufgerissen und die Besetzung in erregter Stimmung erhalten werden. Gardiner kommt dann auf die Familienbeziehungen zwischen

dem Kaiser und dem britischen Königshaus zu sprechen und sagt, es sei eine ungewöhnliche Unschicklichkeit, diesen Prozeß in Sichtensabhängigkeit vom Botschafts-Botschaften zu lassen. Aber auch der

Prozeß selbst sei zu beurteilen.

Wenn schon ein Verfahren gegen den Kaiser eingeleitet werden müßte, dann sollte es durch einen aus den neutralen Ländern gewählten kompetenten Gerichtshof geschehen. Sei dies unmöglich, so könne man von einer rechtlichen Verantwortung in irgend einer anerkannten gesetzlichen Bedeutung dieses Ausdrucks überhaupt nicht sprechen. Gardiner schließt seinen Artikel mit der Frage, ob die Regierungen vielleicht damit rechnen, daß Holland auf dem Schlichter bestehen, und daß es infolgedessen zu keiner Verhandlung kommen werde. Wenn das der Fall sei, dann spiele man ein gefährliches Spiel, die öffentliche Meinung mit so viel Aufwand zum Narren zu halten.

Das hier erwähnte Beispiel „Der Volt“ vom 4. Juli führt aus, man könne

Wilhelm II. christliche Weisheit nicht für den Anführer des Krieges halten.

der diesen gegen den Willen seiner Umgebung durchgesetzt habe, es sei ihm nur an Kraft gefehlt, die Militärs zum Schützen zu bringen. Wenn die sich zu seinen Richtern aufwähren, fehle dazu jede sittliche Befugnis. Der Weltfriede, den Wilhelm II. 25 Jahre lang geachtet, sei, soweit es von Clemenceau, Wilson und Lloyd George abhängt, künftig keinen Augenblick gesichert. Nicht ohne

schamloses Unrecht

zu begehen, könnten die Männer, die ein ausschließlich nach dem Recht des Stärkeren konstituiertes Europa zurückliehen, einen schon halbvergessenen Monarchen vor ihr Tribunal bringen; dazu müßten sie außerdem noch das Recht einer kleinen Nation mit Füßen treten.

Das Kästelaten in der Auslieferungfrage.

Berlin, 7. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich zur Auslieferungfrage aus dem Haag melden: Nach den amerikanischen Meldungen habe die Mitteilung Lloyd Georges, daß der Kaiser in London vor ein Gericht gestellt werden soll, die amerikanischen Delegierten in Venedig eine große Freude gemacht. Sie hätten davon nicht gehört, daß Wilson diesen Schritt gutheißen würde. Ebenfalls habe Wilson versprochen, die Delegierten davon in Kenntnis zu setzen. Auch wegen der ausstehenden Militärei sei noch nichts getan worden, und Präsident Wilson habe am Tage vor seiner Abreise sich dahin geäußert, daß noch kein bestimmter Beschluß gefaßt sei in bezug auf die Ausführung der Strafbestimmungen.

Beratungen der Beamtenführer mit der Regierung.

Am Freitag fanden in Weimar unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer und in Gegenwart der Minister David, Erzberger, Wager, Giesberts, sowie der preussischen Minister Heine, Hänisch und einer Anzahl Regierungsbeamten unter Hinzuziehung der Abg. Delius und Alletotte Besprechungen mit den Vertretern der Beamtenchaft (Deutscher Beamtenbund) statt. Eingehend wurde der Streik besprochen und einer Reihe von Wünschen und Beschwerden vorgebracht, zu denen die Regierung und die Abgeordneten Stellung nahmen. Die Beamten nahmen den Eindruck mit, daß die Regierung tun wird, was angesichts anderer schwieriger Lage überhaupt möglich ist. Sie erwarteten aber auch von der Beamtenchaft völlige Hingabe und Abwendung von den unverantwortlichen Forderungen. Ferner wurde anerkannt, daß sich am Eisenbahnerstreik nur ein sehr kleiner Bruchteil der Beamten beteiligt habe. Die Regierung wird prüfen, was demnach für die Beamten auch an Reformen auf dem Gebiete der Belohnungen, Personal- und Beamteneidfragen geschehen kann. Die Arbeiten sollen unter Hinzuziehung der Organisation — in gutachtlicher Beziehung — gefördert werden.

Auf Vorschlag des Abg. Delius erklärte sich die Regierung bereit, anstelle der drei Feuerungsstellen nur zwei einzurichten. Damit dürfte ein Teil des Zündstoffes deckung sein.

Am Sonnabend fanden Verhandlungen mit den Parteien statt. Der Direktor des deutschen Beamtenbundes, Abg. Kemmers gab eine kurze Darstellung. Die Abg. Delius und Naden (Zentrum) vertraten in längeren Ausführungen den Standpunkt der Volkswirtschaft, der von den anderen Parteien — abgesehen nur die U. S. P. in der Rückfrage — gutgeheißen wurde. Das Ergebnis war, daß die Parteien die berechtigten Forderungen unterstützen werden. Es wird sofort ein interparlamentarischer Ausschuss gebildet, der aus 21 Personen besteht, dem die Behandlung der Beamtensachen übertragen wird. Auf Vorschlag des Abg. Delius sollen gegebenenfalls zu den Beratungen auch Vertreter der Organisationen mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

Beendigung des Frankfurter Eisenbahnerstreiks.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Am 10 Uhr nachmittags hatte die Streikleitung die gesamten Linien freigegeben. Die Arbeiter und Beamten werden erst am Montag von dem Beschluß der Streikleitung Kenntnis erhalten. Immerhin konnten schon im Laufe der Nacht eine ganze Reihe von Zügen abgefahren werden. Der fahrplanmäßige Verkehr wird erst am Montag vormittag erfolgen können.

Wie dem „Volks-Anz.“ noch berichtet wird, teilte der Eisenbahnpräsident in Frankfurt a. M. mit, die Streikleitung habe ihn ersucht, befristet zu sorgen, daß jede Maßregelung der Streikenden, insbesondere der Streikposten, unterbleibe. Er habe eine solche Forderung nicht erteilen können wegen des unerhörten Terrorismus, mit dem die Streikenden in diesen Tagen namentlich altererbundenen Beamten entgegengetreten seien.

Schwere Lebensmittelkrawalle in Paderborn und Oeynhausen.

Paderborn, 6. Juli. Infolge der hohen Lebensmittelpreise kam es gestern auf dem hiesigen Wochenmarkt

zu scharfen Borsehen der Postmenge gegen die Verkäufer, welche gegungen wurden, die Waren zu den jetzigen Preisen abzugeben. Die gleiche Maßnahme fand in verschiedenen Geschäftsbereichen Anwendung, wo die Waren unter Aussicht von Volkseinstreuzten zu herabgesetzten Preisen verkauft wurden. Die Kundgebungen dauerten bis in die Abendstunden hinein an. Das große Postamt war militärisch besetzt, um es gegen Angriffe und Plünderungsversuche zu schützen. Ueber Paderborn wurde der verschärfte Besatzungsgesetz in Kraft und verhängt, ebenso über Oeynhausen, wo ähnliche Unruhen ausbrochen sind.

Wiederaufnahme der Arbeit auch in Darmstadt.

Darmstadt, 6. Juli. Die hiesigen Eisenbahner beschloßen heute nachmittag, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Eisenbahnerstreik auch in Hamburg?

Hamburg, 6. Juli. Die Unterbrechung des Zugverkehrs Hamburg-Berlin in Rudowigslust ist gestern nur von kurzer Dauer gewesen. Wie wir erfahren, wies sich der Zugverkehr heute gleich ab. Eine Verarmung der Eisenbahner, die sich mit den bekannten Berliner Forderungen beschäftigte, kam zu keinem Entschluß. Am Montag soll in einer Eisenbahnerversammlung die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Hamburger Eisenbahner fallen.

1500 Arbeiter infolge des Streiks brotlos.

Berlin, 6. Juli. Die dem Siemens-Konzern angehörende Firma Gebrüder Siemens & Compagnie in Berlin-Lichtenberg legte infolge des Eisenbahnerstreiks ihren Betrieb still und kündigte ihren ganzen Betrieb, bestehend aus 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen, mit gleichzeitiger Kündigung ab.

Unsere künftige Kohlenförderung.

Der Haushaltsausschuss der preussischen Landesversammlung erwiderte am Sonnabend die Einmahnen des Bergedats. Der Minister erklärte, daß wir in Zukunft vielleicht nur noch rund 100 Millionen Tonnen Kohlen jährlich fördern würden, von denen 44 bis 45 Millionen an die Entente abgegeben werden müßten. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag in folgender Fassung:

Die Regierung um alsbaldige Vorlage eines Gegenentwurfes zu ersuchen, durch welchen 1. gegen Entschädigung die Privatbergwerke restlos aufgehoben, 2. die durch das allgemeine Berggesetz begründeten Ansprüche Privater auf Verleihung von Bergbau-rechten gänzlich beseitigt werden, 3. die bereits an Privaten verliehenen Bergwerksgewerkschaften nach Möglichkeit wieder dem Bergbauwesen des Staates unterstellt werden, soweit sie am 1. Juni 1919 noch nicht in Betrieb genommen waren.

Die Worte „gegen Entschädigung“ und „nach Möglichkeit“ wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in den Antrag hineingebracht. Ferner wurde angenommen ein Antrag Bruns (Christl. Wp.), daß tunlichst bald ein Reichs-Berg- und Knappheitsgesetz erlassen und das jetzige Bergrecht dahin verbessert wird, daß eine schlagendere und vollkommene Verwertung der Berg- und Knappheitsrechte herbeiführt wird. Angenommen wurde auch ein Antrag Prengel, daß die Staatsregierung dahin wirken soll, daß größere Braunkohlenfelder erschlossen und auch die Torflager in erheblichem Maße herangezogen werden, um sie für die Industrie und den Privatansatz mehr zu verwerthen.

Deutsches Reich.

Die Lage der Privatdozenten und außerordentlichen Professoren.

Auf eine Anfrage des Abg. Thee. hat Kultusminister Saenflitz eine ausführliche Antwort erteilt die über die wirtschaftliche Lage der Privatdozenten und der außerordentlichen Professoren Auskunft gibt. Die Antwort erkennt an, daß die Lage der Privatdozenten eine unangenehme ist. Schon seit die Kürzung durch den Staat begrenzt durch die Möglichkeit darauf, daß die Privatdozenten nicht Beamte, sondern freie Berufsarbeiter im Dienste der Universitäten seien. Infolgedessen könnten die Privatdozenten auch nicht an den Aufstellungen teilnehmen, die den Beamten gewährt worden seien. Aus einem bestimmten Fonds würden ihnen jedoch Situations durch Erteilung von Beauftragungen zu bessern.

Von den Gehältern der erstamöglichen außerordentlichen Professoren lag die Antwort des Kultusministers, daß sie der Bedeutung dieser Professoren nicht mehr entsprächen. Eine Aufbesserung sei jedoch nur im Rahmen einer allgemeinen Reform der Beförderungsordnung zu erhoffen. Vorläufig müßte man sich durch die Gewährung fortlaufender Remunerationen und Feuerungszulagen helfen. Freilich könne auch in diesem Rahmen eine ausreichende Besserung nicht erfolgen. Die Staatsregierung werde aber voraussichtlich in die Lage versetzt werden, die Befähigung der Privatdozenten und der nicht erstamöglichen außerordentlichen Professoren durch Gewährung höherer Vergütungen zu verschärfen.

Ferner wird die Möglichkeit erwohnen, den jüngeren Gelehrten eine gewisse finanzielle Sicherung wenigstens für eine zu ihrer Beförderung ausreichende Frist zu verschaffen. Es liege auch in der Pflicht der Unterrichtsverwaltung, denjenigen Privatdozenten, die zurücktreten wünschten, oder für die keine Aussicht auf Erhaltung einer Professur bestünde, man übertritte in andere Zweige des öffentlichen Dienstes zu führen. Dabei soll für die künftige Amtstätigkeit ihnen die Zeit des akademischen Dienstes angerechnet werden.

Die kommunikativen Besetzungsgelder im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 7. Juli. Die aufstretenden Plakate der Kommunisten, die während des Eisenbahnerstreiks verbreitet wurden, sind in mehreren Regern polizeilich beschlagnahmt worden. Dabei wurden schriftliche Aufstellungen, die erkennen lassen, wieviel die Kommunisten für die Vorbereitungen des Streiks ausgegeben haben. Aus Briefschaften und Belegen wurde folgende